



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Mit zunehmender Sorge schauen wir auf den Aufmarsch russischer Streitkräfte an der Grenze zur Ukraine. Die Gefahr eines offenen Krieges steht im Raum und ist noch immer nicht wirklich gebannt. Wer glaubt, dieser Konflikt sei weit entfernt und berühre uns nicht, schaue auf die Landkarte. Kiew ist von Berlin nicht viel weiter entfernt als Rom.

Gleichzeitig bestimmte noch einmal die Corona-Pandemie die Schlagzeilen dieser Woche. Das Gute: Wir sind mit der neuen Corona-Welle wohl über den Berg. Die Ministerpräsidentenrunde verständigte sich mit dem Bundeskanzler darauf, bis zum 20. März nahezu alle Corona-bedingten Beschränkungen auslaufen zu lassen.

Aber das bedeutet nicht, dass dann alle Corona-Gefahren enden. Weiter gilt: Eine Impfung ist der beste Schutz gegen eine Corona-Infektion. Deshalb nutzen Sie die Impfangebote.

Die neue Ampelkoalition hat mit einiger Verzögerung jetzt auch ein neues Corona-Steuerhilfspaket geschnürt. Es baut im Wesentlichen auf dem Hilfskonzept der vorherigen CDU/CSU-geführten Bundesregierung auf. Der Bezug von

Kurzarbeitergeld und die Akuthilfen für pflegende Angehörige hat der Bundestag in dieser Woche bereits verlängert.

Die Bürgerinnen und Bürger treibt aber noch etwas anderes um: die drastische Steigerung der Energiepreise. Wer beispielsweise jeden Morgen mit dem Auto zur Arbeit fahren muss, merkt das deutlich im Geldbeutel. CDU und CSU haben deshalb ein umfangreiches Paket in den Bundestag eingebracht, das Entlastung bringen soll.

Entlastung wollen wir für die Bürgerinnen und Bürger auch bei der Zinshöhe für Steuernachforderungen. Das Bundesverfassungsgericht hat im Sommer 2021 die gegenwärtige Verzinsung für verfassungswidrig erklärt und eine gesetzliche Neuregelung verlangt. Geschehen ist seither nichts. Als zuständiger Berichterstatter konnte ich jetzt für die Unionsfraktion einen Antrag ins Parlament einbringen, mit dem die Ampelkoalition zum Handeln aufgefordert wird.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start in das Wochenende und viel Spaß beim Lesen des Newsletters. Wenn Sie meinen Newsletter noch nicht abonniert haben, können Sie das [hier](#) tun.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr Sebastian Brehm

Gegen Energiepreislöcher im Geldbeutel

Angesichts der massiven Erhöhung der Energiekosten hat die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag einen umfassenden Antrag zum Schutz der Bürger vor finanzieller Überforderung bei Heizung, Strom und Treibstoff vorgelegt. Sebastian Brehm: „Während die Ampel nur die Empfänger von Transferleistungen im Blick hat, richten wir unser Augenmerk vor allem auch auf jene, die unser Land mit ihrer Arbeit Tag für Tag am Laufen halten. Die dürfen nicht vergessen werden.“



Quelle: Statistisches Bundesamt

Unter anderem fordert die Union die Abschaffung der EEG-Umlage, die Anwendung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes auf Strom-, Gas- und Fernwärme für 2022 und 2023, die dauerhafte Absenkung der Energiesteuer auf erneuerbare oder klimaneutrale Energieerzeugnisse auf den EU-Mindeststeuersatz, einen Inflationsausgleich durch Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums und die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 38 Cent/km.

Bei der Pendlerpauschale wagte sich jüngst auch Bundesfinanzminister Christian Lindner vorsichtig aus der Deckung, wurde aber sofort von den Grünen gestoppt. Sebastian Brehm: „Das illustriert die Bedeutung der FDP und ihres Finanzmi-

nisters in der Ampelkoalition. Und es zeigt: Die Grünen haben keinen Bezug zu den Problemen der breiten Masse. Den Grünen geht es um Ideologie, nicht um die Menschen.“

Gefährliche Situation im Ukraine-Konflikt

Die Lage zwischen der Ukraine und Russland ist derzeit sehr angespannt. Russland hat militärische Kräfte im Grenzgebiet zusammengezogen, die eine groß angelegte Invasion der Ukraine möglich machen. Russland dementiert derlei Absichten, demonstriert aber mit grenznahen Manövern seine Fähigkeit, im Nachbarland offen militärisch zu intervenieren.

Gleichzeitig beschuldigt Moskau die Ukraine, die Lage zu eskalieren, wirft Kiew gar Völkermord in der Ostukraine vor und beschuldigt den Westen, die Ukraine in ihrem Handeln zu bestärken. Er stellt an die NATO umfassende Rückzugsforderungen aus Osteuropa und verlangt vom Bündnis Sicherheitsgarantien, obwohl dort niemand einem Krieg gegen Russland das Wort redet. Und er verlangt die Zusage, dass die Ukraine niemals in die NATO aufgenommen wird, obwohl ein NATO-Beitritt derzeit gar nicht zur Debatte steht.

Die USA und die NATO haben Dialogbereitschaft in Fragen der Rüstungskontrolle signalisiert, sind aber nicht bereit, die Prinzipien der europäischen Sicherheitsordnung zu revidieren. Ob Moskau dies akzeptiert, bleibt abzuwarten.

Sebastian Brehm: „Für mich steht außer Frage, dass keine Anstrengung ausgelassen werden darf, auf diplomatischen Wegen zu einer Lösung zu kommen. Es steht für mich aber ebenso außer Frage: Die Menschen in der Ukraine müssen selbst über ihre Zukunft entschieden. Niemand darf ihnen einen bestimmten Weg aufzwingen, auch Russlands Präsident Putin nicht. Eine modernisierte Neuauflage der Breschnew-Doktrin aus sowjetischen Tagen über die begrenzte Souveränität bestimmter Länder, wie sie dem russischen Staatspräsidenten offenbar vorschwebt, ist jedenfalls inakzeptabel.“

Ich pflichte unserem neuen Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz bei, dass wir in Zusammenarbeit mit der Regierung alles Nötige und Vertretbare dafür tun, um eine Eskalation zu verhindern.

Weiter Durcheinander bei Wohnungsbauförderung

Das Durcheinander um die KfW-Förderung für energieeffizientes Bauen hat sich seit der Januar-Sitzungswoche des Bundestages weitergedreht. Unter dem Eindruck des massiven Protestes – auch von CDU und CSU – gegen das plötzliche Aus für die Förderprogramme ruderte der grüne Wirtschaftsminister Robert Habeck inzwischen zurück. Wer vor seinen Förderantrag bis zum 23. Januar gestellt hat, hat jetzt doch noch eine Chance auf Förderung. Das ist erfreulich, aber doch nur die halbe Miete. Denn die Bauwilligen, die noch einen Förderantrag stellen wollten, schauen nun in jedem Fall in die Röhre.

Immerhin kündigte die Ampelkoalition ein neues Förderprogramm für energieeffizientes Bauen an. Man arbeite „mit Hochdruck“ daran, hieß es. Doch darum ist es ruhig geworden. Wie es weitergeht, bleibt unklar. Klarheit wäre aber dringend notwendig.

Sebastian Brehm: „Die derzeitige Unklarheit schafft massive Verunsicherung, die noch durch die drastisch steigenden Baustoffpreise zusätzlich verstärkt wird. Es muss rasch eine durchdachte Lösung her. Das aktuelle Durcheinander muss ein Ende haben, sonst wird sich die ungeklärte Förderfrage negativ auf die Bauaktivitäten auswirken. Und das in einer Zeit, in der gerade in den Ballungsgebieten Wohnungsneubau und –sanie rung dringend notwendig sind.“

Müde und ausgebrannt:

Mehr Hilfe für ME/CFS-Kranke!

Einen besonderen Moment für viele ME/CFS-Betroffene gab es in dieser Woche im Bundestag. Im Petitionsausschuss wurde eine von mehr als 97.000 Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnete Petition zum Thema ME/CFS aufgerufen.

ME/ CFS- Myalgische Enzephalomyelitis/das Chronische Fatigue-Syndrom - ist eine schwere neuroimmunologische Erkrankung, deren Symptome in Vielem einer Long-Covid-Erkrankung ähneln. Sie führt zu erheblichen Behinderungen. Ein Viertel aller ME/ CFS-Patienten kann deshalb das Haus nicht mehr verlassen, viele sind bettlägerig und schätzungsweise mehr als 60 Prozent

sind arbeitsunfähig. Allein In Deutschland leiden etwa 250.000 Menschen an ME/ CFS.

In der öffentlichen Anhörung des Petitionsausschusses wurde deutlich: Es braucht mehr Respekt für die Betroffenen. Ihre Stigmatisierung durch Gesellschaft, Ärzte und verschiedene Versorgungswerke muss ein Ende haben. Wir brauchen gute und praktikable Versorgungsstrukturen. Die bereits freigegebenen Forschungsgelder müssen endlich auch eingesetzt werden. Dafür werde ich mich weiterhin gemeinsam mit meinen CSU-Kollegen Erich Irlstorfer einsetzen.

„Johannisbären“ in neuem Domizil

Erst drohte dem Kinderladen „Johannisbären e.V.“ das Aus: Der Mietvertrag war gekündigt worden. Hilfesuchend wandte sich der Verein auch an den Wahlkreisabgeordneten Sebastian Brehm. Jetzt gab es strahlende Kindergesichter. Der Kinderladen feierte mit einem „Tag der offenen Tür“ seinen erfolgreichen Umzug in neue Räumlichkeiten in der Roritzerstraße.

Innerhalb von nur zehn Tagen wurden in einem Kraftakt 180 Quadratmeter renoviert und der

Umzug in gerade einmal zwei Tagen gestemmt. Mit viel Liebe zum Detail und Fürsorge erstrahlt der Kinderladen nun im neuen Glanz.



Brehm zeigte sich beeindruckt: „Meinen größten Respekt an den Elternverein und allen fleißigen Helferinnen und Helfern. Ich freue mich, dass der Umzug so toll geklappt hat und bedanke mich für das überwältigende ehrenamtliche Bürgerengagement. Alles erdenklich Gute und viel Erfolg im neuen Zuhause!“ Er sicherte zu, in Gesprächen mit dem Stadtkämmerer die Bemühungen um städtische Zuschüsse zu unterstützen, um die durch den Umzug entstandenen finanziellen Lasten abzufangen.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
030-227-74074 • Fax 030-227-70072
sebastian.brehm@bundestag.de
www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.